

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 25.11.2015

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

Herr Jens Burnicki

Frau Marlis Bußmann

Herr Yunus Cakar

Frau Dilek Dogan-Alagöz

Herr Ugur Düger

Frau Dr. Wiebke Esdar

Frau Irimi Mavreli

Frau Viola Obasohan

Herr Mehmet Ali Ölmez

Herr Ali Sedo Rasho

Herr John Jude Pirapakaran

Savarimuthu

Herr Sivasothy Varatharajah

Stellvertretende Mitglieder

Herr Vincenzo Copertino

Herr Detlef Werner

Entschuldigt:

Vorsitzender Herr Ölmez begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt RM Herr Werner zu Protokoll, seine Fraktion sei der Meinung, dass TOP 6.1 unrechtmäßig auf der Tagesordnung stehe, denn der Antrag sei in der Sitzung des IR am 23.09.2015 bereits abgelehnt. Seine Fraktionskollegen seien bereit, dieses an Eides statt zu erklären.

Frau Obasohan weist darauf hin, der Punkt sei vertagt worden um zunächst mehr Informationen zu erhalten.

RM Frau Esdar erklärt, ihr Antrag, den TOP zunächst zu vertagen, sei am 23.09.2015 angenommen worden.

Aus pragmatischen Gründen schlägt Vorsitzender Ölmez vor, die Klärung dieser Frage zurückzustellen, da Herr Beigeordneter Nürnberger, der zu TOP 1 berichten wird, wegen eines Folgetermins in Eile sei.

Zu Punkt 1 „Gesundheitskarte für Flüchtlinge“

Herr Nürnberger informiert, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss sich in seiner Sitzung am Vortag mit der Thematik „Gesundheitskarte“ für geflüchtete Menschen befasst habe und einvernehmlich zu dem Ergebnis gekommen sei, das Thema zunächst für ein halbes Jahr „auf Eis zu legen“ um abzuwarten, wie die angekündigten rechtlichen Neuregelungen konkret gestaltet werden.

Er selbst halte es nach einem Abwägungsprozess derzeit nicht für sinnvoll, der Rahmenvereinbarung beizutreten und eine Gesundheitskarte für Geflüchtete einzuführen. Dem positiven Aspekt der Einführung, der symbolischen Gleichstellung von geflüchteten Menschen mit anderen Bürgerinnen und Bürgern, stünden ein erhöhter Verwaltungsaufwand wie auch unter dem Strich Mehrkosten von 250.000€ entgegen. Zudem sei ihm nicht einsichtig, aus welchem Grund die Krankenkassen hier höhere Verwaltungskosten geltend mache. Er weist darauf hin, dass auch bei Einführung der Gesundheitskarte weiterhin nur die Kosten für die Akutversorgung, wie im Asylbewerberleistungsgesetz beschrieben, übernommen würden. Zur Zeit, erläutert er, werde den Geflüchteten gleich nach der Aufnahme ein Krankenschein ausgehändigt und im Weiteren regelmäßig übersandt. Eine weitere Vorsprache sei nicht erforderlich. In besonderen Fällen, sofern eine Behandlung über die Akutversorgung hinaus vorgesehen sei, prüfe das Gesundheitsamt an Hand der Unterlagen oder durch eine Untersuchung deren Unaufschiebbarkeit bzw. Notwendigkeit. In diesem Jahr sei dieses nur in etwa 100 Fällen geschehen. Andere Städte in NRW hätten unterschiedlich über einen Beitritt entschieden. Er beantwortet Fragen von Herrn Düger und Frau Bussmann und erläutert, dass selbst bei langfristiger Entlastung der Verwaltung die genannte zusätzliche Kostenbelastung ins Gewicht falle. Herr Burnicki, Frau Esdar, Frau Obasohan, Frau Mavreli und Frau

Adilovic beteiligen sich an der Diskussion.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Meldungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 28.10.2015**

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Integrationsrates vom 28.10.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

- Frau Grewe berichtet über die 13. Interkulturelle Berufs- und Informationsbörse, die vormittags stattfand und wieder zahlreiche Besucherinnen und Besucher anlockte.
- Frau Isfendiyar informiert über die Fachtagung des Kommunalen Integrationszentrums „Kommunale Integrationsförderung durch Migrantenorganisationen – Ressourcen, Potenziale, Kompetenzen, Möglichkeiten der Kooperation“ am 13.11.2015. Es beteiligten sich etliche Migrantenorganisationen und diskutierten mit den Vertreterinnen und

Vertretern von Ämtern, Behörden, Einrichtungen.

Zu Punkt 5 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 6 **Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 6.1 **Der Rahmenvereinbarung zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge beitreten!**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2038/2014-2020

Frau Adilovic begründet ihren Antrag, der den Mitgliedern mit der übersandt wurde. Herr Burnicki hält die derzeitige Praxis, Krankenscheine auszugeben, in der Wirkung für diskriminierend und auch Frau Obasohan spricht sich für die Einführung der Gesundheitskarte für Geflüchtete aus. Herr Werner bekräftigt für seine Fraktion die eingangs geäußerten Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Tagesordnungspunktes und ergänzt, dass auch die vom Sozialdezernenten angesprochenen Mehrkosten die Ablehnung des Antrags begründeten.

Beschluss:

12 Dafür

2 Dagegen

- mithin beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

8. Änderungssatzung für die Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld vom 10.03.1997

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2156/2014-2020

Frau Streubühr erläutert die vorliegende Beschlußvorlage der Verwaltung und beantwortet Fragen von Frau Bussmann und Frau Adilovic. Frau Grewe informiert, der Sozial- und Gesundheitsausschuss habe am 24.11.2015 die Vorlage bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld wird nach Vorlage (Anlage 2) beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2200/2014-2020

Einführend erläutert Herr Hanke vom Jugendamt, dass aktuell etwa 1.000 unbegleitete Minderjährige in Bielefeld betreut werden und betont, im gesamten Vorjahr seien es 600 gewesen. Die gesetzliche Neuregelung, die die Zuständigkeit den jeweiligen örtlichen Jugendämtern zuweise, greife derzeit noch nicht zufriedenstellend. Er beantwortet Fragen von Frau Obasohan und Herrn Düger. Frau Adilovic beteiligt sich an der Diskussion.

Zu Punkt 9

Angebote der städtischen Kultureinrichtungen im Rahmen des Integrationskonzeptes im Jahr 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2235/2014-2020

Frau Grewe trägt die Angebote der städtischen Kultureinrichtungen vor.

Der Integrationsrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 10

Berichte aus den Ausschüssen

Herr Ölmez stellt keine Wortmeldungen fest.

Mehmet Ali Ölmez

Annegret Grewe